

Nur ein blaues Auge? Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Nahost und Nordafrika

Brach, Juliane; Loewe, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brach, J., & Loewe, M. (2009). *Nur ein blaues Auge? Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Nahost und Nordafrika*. (GIGA Focus Nahost, 4). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-286526>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Nur ein blaues Auge? Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Nahost und Nordafrika

Juliane Brach und Markus Loewe

Die internationale Finanzkrise hat den Nahen Osten und Nordafrika (*Middle East and North Africa* – MENA) ebenso wie die meisten anderen Entwicklungsländer völlig überraschend in einer längeren Phase weit überdurchschnittlich hohen Wachstums getroffen. Anders als in anderen Teilen der Welt könnten die meisten Entwicklungsländer in der MENA-Region aber mit einem blauen Auge davon kommen, wenn die Krise nicht zu lange andauert. Für die Industrieländer der Region, Israel und Türkei, gelten andere Ausgangsbedingungen, die mit der Situation der anderen Länder in keiner Weise vergleichbar sind. Deshalb sind beide Länder nicht Teil der vorliegenden Analyse.

Analyse:

- Wie in anderen Weltregionen überträgt sich die Krise in der Region vor allem über den Rückgang der Waren- und Dienstleistungsexporte sowie über eine Verringerung der Gastarbeiterüberweisungen, während die Auswirkungen auf die lokalen Finanzmärkte eher begrenzt bleiben. Darüber hinaus müssen die Golfländer allerdings deutliche Verluste bei dem im Ausland angelegten Kapital hinnehmen.
- Die nicht von Erdölausfuhren abhängigen MENA-Länder sind relativ schwach in den internationalen Handel und Kapitalverkehr integriert und bieten daher der Krise keine große Angriffsfläche.
- Die Energieexporteure sind härter betroffen, weil der Erdölpreis stark eingebrochen ist. Sofern dieser nicht noch weiter sinkt, können die meisten die Krise dennoch für begrenzte Zeit überstehen. Dabei profitieren sie auch von den beträchtlichen finanziellen Rücklagen, die sie in den Jahren des Booms bilden konnten.
- Bahrain, Dubai, Irak, Iran und Jemen sind die Hauptleidtragenden der Finanzkrise in der MENA-Region. Sie verfügen nicht über ausreichende Rücklagen und können ihre Staatsausgaben beim derzeitigen, niedrigen Erdölpreis nicht mehr finanzieren.
- Obwohl die Region die Finanzkrise gerade deshalb gut überstehen kann, weil sie sich bisher dem Weltmarkt kaum geöffnet hat, sollten die MENA-Länder die Krise zum Anlass nehmen, um marktwirtschaftliche Reformen durchzuführen und Lösungen für ihre strukturellen Probleme zu finden, um so ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, ihre Abhängigkeit von wenigen Exportprodukten zu verringern und Beschäftigung für eine rapide wachsende Erwerbsbevölkerung zu schaffen.

Schlagwörter: globale Finanzkrise, Mittlerer/Naher Osten und Nordafrika, Erdölpreis, Energiepreise

1. Die globale Finanzkrise

Die globale Finanzkrise trifft die MENA-Region – ebenso wie die meisten anderen Entwicklungsländer – in einer längeren Phase weit überdurchschnittlich hohen Wachstums. Zwischen 2003 und 2008 legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um durchschnittlich fast 6 % pro Jahr zu. Grund hierfür war das historisch einmalige Zusammentreffen dreier für Entwicklungsländer positiver weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen: leichter und günstiger Zugang zu Kapital, hohe Rohstoffpreise und hohe Zuflüsse von Gastarbeiterüberweisungen. Die globale Finanzkrise hat alle drei Bedingungen in ihr Gegenteil verkehrt, was für viele Entwicklungsländer dramatische Folgen mit sich bringt. Die MENA-Region könnte jedoch Glück haben und mit einem „blauen Auge“ davonkommen, wenn die Krise nicht zu lange währt.

Auslöser der Finanzkrise war die so genannte *subprime*-Krise der USA. Deren Banken hatten über Jahre selbst Kunden mit geringer Bonität mit knapp abgesicherten Hypothekenkrediten versorgt. Ende 2005 begannen aber die Immobilienpreise zu sinken, und die ersten Kreditnehmer konnten ihre Zahlungsforderungen nicht mehr bedienen. Die Rating-Agenturen stuften die Kreditwürdigkeit einiger Banken herab, und bereits Mitte 2007 waren mehrere Institute zahlungsunfähig. Deren Gläubiger gerieten ebenfalls in Schwierigkeiten, und das Vertrauen in das US-amerikanische Finanzsystem erodierte rapide. In- und ausländische Investoren schichteten ihr Geld in risikoärmere Anlagen um oder zogen es ganz ab, sodass sich die Banken nicht mehr refinanzieren konnten. Mit der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 kam der Interbankenmarkt weltweit zum Erliegen.

Anfangs hatte es noch so ausgesehen, als ob die Krise nur die USA und allenfalls noch Europa betrafte. Spätestens im Herbst 2008 wurde aber deutlich, dass sich auch die Entwicklungsländer dem Abwärtssog nicht entziehen können. Dabei lassen sich vier Wege der Übertragung oder Ansteckung (*contagion*) unterscheiden:

- *Vermögenseffekt*: Der Staat und private Akteure verlieren Teile ihrer Ersparnisse, die sie in Industrie- und Schwellenländern angelegt hatten.
- *Finanzeffekt*: Um ihre Liquidität wiederherzustellen und weitere Risiken zu vermeiden, ziehen Investoren aus den Industrieländern das in Entwicklungsländern angelegte Kapital ab oder tätigen dort nur noch wenige Neuinvestitionen. Zudem entstehen Liquiditätsgengpässe, weil Banken weltweit die Kreditvergabe restriktiver handhaben.

- *Realwirtschaftlicher Effekt*: Durch die Abkühlung der globalen Konjunktur schrumpft die Nachfrage nach den Ausführprodukten der Entwicklungsländer, sodass deren Einnahmen einbrechen.
- *Transfereffekt*: Ebenso sinken die Beträge, die in Form von Entwicklungshilfezahlungen und Gastarbeiterüberweisungen in die Entwicklungsländer transferiert werden.

2. Spezifika der MENA-Region

Die Finanzkrise hat die MENA-Region später und weniger vehement getroffen als z. B. Lateinamerika oder Ostasien. Dies geht hauptsächlich auf drei Spezifika der Region zurück: Erstens nehmen die meisten Länder der Region im internationalen Vergleich nur in geringem Umfang am internationalen Handel und Kapitalverkehr teil. Im Boom wirkte dies wachstumshemmend, in der Krise hingegen ist es ein Vorteil, da der finanz- und der realwirtschaftliche Effekt kleinere Angriffsflächen haben. Zweitens verfügt die Region über die größten Reserven an Erdöl und Erdgas weltweit, weshalb zahlreiche Länder während der Boomjahre große Rücklagen bilden konnten. Drittens bezieht die Region nicht nur relativ hohe, sondern auch besonders stabile Entwicklungshilfeleistungen – namentlich von Europa und den USA.

3. Auswirkungen der Krise auf die MENA-Länder

Genau wie auf die anderen Entwicklungsregionen überträgt sich die Finanzkrise auf die MENA-Länder vornehmlich über den realwirtschaftlichen und den Transfereffekt, kaum jedoch über den Finanzeffekt. Eine Besonderheit ist, dass daneben der Vermögenseffekt gleichfalls eine spürbare Rolle spielt. Die Bedeutung der vier Effekte variiert allerdings deutlich innerhalb der Region:

- *Die Energieexporteure mit großen Reserven und begrenzter Einwohnerzahl* (Abu Dhabi, Algerien, Katar, Kuwait, Libyen, Oman, Saudi-Arabien) spüren den realwirtschaftlichen und den Vermögenseffekt. Ihre Reserven sind jedoch (auch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße) so groß und die Förderkosten so gering, dass sie sich dennoch beim gegenwärtigen Erdölpreis aus den Energieausfuhren finanzieren können. Zudem konnten sie im zurückliegenden Boom beträchtliche Vermögensrücklagen bilden.
- *Die Energieexporteure mit begrenzten Reserven oder großer Einwohnerzahl* (Bahrain, Dubai, Irak, Iran,

Jemen) leiden deutlich stärker unter dem realwirtschaftlichen Effekt und zum Teil auch unter den anderen drei Effekten: Bahrain und Dubai unter dem Vermögens- und dem Finanzeffekt, Irak und Jemen hingegen besonders unter dem Transfereffekt. Innerhalb der MENA-Region leiden diese Länder am heftigsten unter der Finanzkrise, da sie das bisherige Niveau ihrer Ausgaben wegen des derzeitigen Ölpreises bei weitem nicht aus den laufenden Einnahmen bestreiten können. Außerdem haben Irak, Iran und Jemen selbst während des Booms keine nennenswerten Rücklagen akkumuliert.

- *Die Energieimporteure* (Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Gebiete, Tunesien) leiden unter der Stagnation oder dem Rückgang ausländischer Investitionen sowie der Einnahmen aus Industriegüterexporten, Tourismus und Gastarbeiterüberweisungen. Gesamtwirtschaftlich können sie dies aber – mit der möglichen Ausnahme Tunesiens und eventuell Marokkos – sehr weitgehend dadurch kompensieren, dass sie Energie und Lebensmittel zurzeit zu vergleichsweise niedrigen Preisen einzuführen.
- *Die Nettoenergieexporteure* Ägypten und Syrien haben eine Sonderrolle inne, da sie nahezu ebenso viel Energie ein- wie ausführen. Für beide Länder dürften die Folgen der Finanzkrise sich daher ebenfalls im Rahmen halten.

3.1. Der Vermögenseffekt

Der Vermögenseffekt ist wohl in keinem anderen Teil der Welt so stark zu spüren wie in der MENA-Region. Dies liegt daran, dass nur sehr wenige Länder über auch nur annähernd so große (gemessen am jeweiligen BIP) Guthaben im Ausland verfügen, wie dies gleich bei einer ganzen Reihe von MENA-Ländern zumindest vor der Finanzkrise der Fall war. So entsprachen Bahraïns Forderungen gegenüber dem Ausland (ohne Währungsreserven) 2007 dem 13-fachen seines jährlichen BIP, und auch Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien, Algerien, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Jordanien und Ägypten liegen nach diesem Kriterium auf den vordersten Plätzen weltweit. Allein die verschiedenen Staatsfonds der VAE hatten im Ausland einen Gesamtbetrag investiert, der mehr als dem Dreifachen des jährlichen BIP entsprach, während sich die Auslandsguthaben der Staatsfonds von Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und Algerien auf immerhin 142, 86, 64 bzw. 34 % des jeweiligen BIP beliefen. Im Falle Jordaniens, des Libanon, der Palästinensi-

schen Gebiete (PG) und Tunesiens bestehen die Auslandsforderungen hingegen ausschließlich aus Investitionen privatwirtschaftlicher Anleger.

Noch ist unklar, welcher Anteil der Auslandsguthaben durch die Finanzkrise vernichtet wurde, verschiedene Schätzungen legen aber nahe, dass man mit Abschreibungen von 30 % rechnen muss. Die Staatsfonds, die zuvor mehr als 1,5 Bio. US\$ besessen hatten, hätten demnach rund 500 Mrd. US\$ verloren und privatwirtschaftliche Anleger auch immerhin 300-500 Mrd. US\$.

Allerdings verteilen sich diese Verluste recht ungleich auf die einzelnen MENA-Länder. Besonders viel haben die Staatsfonds verloren, die stark in Aktien und Schwellenländerfonds investiert hatten. Hierzu gehören u. a. Kuwait und die VAE. Besser erging es den Staatsfonds von Algerien, Iran, Libyen und Saudi-Arabien, die ihr Geld konservativer angelegt haben. Hohe Verluste haben wohl ebenfalls einige Privatanleger aus dem Libanon, aus Tunesien und aus den PG hinnehmen müssen. Begrenzt waren die Vermögensverluste von Algerien, Iran, Syrien und Marokko, da diese Länder über keine größeren Guthaben im Ausland verfügen.

Verwundbar ist keines der genannten Länder durch den Vermögenseffekt. So hoch auch die mit diesem verbundenen Verluste sind, treffen sie doch vor allem diejenigen Länder und dort wiederum hauptsächlich diejenigen Akteure, welche die Verluste am ehesten verkraften können. Zudem betreffen sie ausschließlich Gelder, die nicht in den nationalen Produktionsprozess investiert waren und diesem also auch nicht fehlen können. Darüber hinaus besteht bei diesen Verlusten ja durchaus die Möglichkeit, dass sie durch zukünftige Kursgewinne zumindest teilweise wieder gutgemacht werden.

3.2. Der Finanzeffekt

Die Mehrzahl der MENA-Länder wurde vom Finanzeffekt erst spät und nur begrenzt getroffen. Investitionen von außerhalb der Region hatten selbst vor der Krise im internationalen Vergleich nur geringe Bedeutung, und es gibt Anzeichen dafür, dass von diesen außer aus Dubai auch nur relativ kleine Beträge abgezogen wurden. Dass die arabischen Börsen zunächst nahezu gleichzeitig mit den Wertpapiermärkten Europas und der USA abstürzten, lag vornehmlich an Verkäufen von Anlegern aus der Region selbst.

Im Durchschnitt stürzten die Börsen der MENA-Region seit ihrem Höchststand Mitte 2008 um mehr

als 50 % ab, wodurch zwischen 200 und 600 Mrd. US\$ vernichtet wurden. Zu besonders hohen Verlusten kam es in den Erdölförderländern (außer Iran), wobei es Dubai mit Abstand am heftigsten traf. Auch der ägyptische Börsenindex liegt heute 54 % unter seinem Niveau vom Januar 2008, hatte allerdings 2007 ebenfalls einen besonders steilen Höhenflug erlebt. Weniger betroffen waren die Börsen in Jordanien, Marokko und dem Libanon, und die tunesische Börse legte entgegen dem internationalen Trend 2008 sogar um 11 % zu.

Die Immobilienmärkte reagierten sehr unterschiedlich. In einigen MENA-Ländern zeigten sie sich weitgehend unbeeindruckt und verlangsamten allenfalls – wie im Oman – ihren Höhenflug. Im Libanon stagnieren die Immobilienpreise, Kuwait und Marokko hingegen erlebten einen spürbaren Rückschlag. Jordanien und Syrien erwarten gleichfalls für die kommenden Monate einen Einbruch. Dort war es in den vergangenen Jahren durch die Rückkehr von Gastarbeitern vom Golf, die Ansiedlung von jeweils mehr als einer Million irakischer Flüchtlinge sowie Grundstücksspekulation zu Überinvestitionen in Immobilien gekommen. Am schlimmsten allerdings trifft es wiederum Dubai. Dort sind die Immobilienpreise im Schnitt um rund 50 % gesunken, und Bauprojekte im Wert von 582 Mrd. US\$ wurden eingefroren. Ein großer Teil der Gastarbeiter im Bausektor wurde entlassen. Insgesamt sind bis Februar 2009 bereits 17 % der Gesamtbevölkerung abgewandert, was den Wohnraumbedarf und damit die Immobilienpreise weiter sinken lassen dürfte.

Die Bankensysteme waren hingegen – anders als in anderen Weltregionen – zu keinem Zeitpunkt ernsthaft von der globalen Krise bedroht. Dies liegt in erster Linie daran, dass sie noch immer stark reguliert, verhältnismäßig isoliert von der übrigen Welt und zum Teil noch überwiegend in staatlicher Hand sind. Hinzu kommt, dass sich die Banken in den meisten MENA-Ländern problemlos aus internen Quellen finanzieren können. So übersteigen z. B. die Einlagen bei ägyptischen Banken deren inländische Kreditvergabe um mehr als 80 %. Beide Größen sind auch 2008 unbeeindruckt weiter gewachsen.

Ausländische Direktinvestitionen (FDI) haben in der MENA-Region ohnehin eine deutlich geringere gesamtwirtschaftliche Bedeutung als in anderen Entwicklungsregionen (vgl. Brach 2008a), weshalb es für die Region auch nur sehr geringe Auswirkungen hat, wenn diese Finanzquellen nicht mehr sprudeln oder gar austrocknen. Dies gilt ebenso für Ägypten, wo die FDI-Zuflüsse in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 um 44 % schrumpften. Ganz überwiegend

lässt sich dies darauf zurückführen, dass neue Investitionen aus den Golfstaaten ausbleiben.

Problematischer ist, dass die Risikobewertung einiger MENA-Länder durch verschiedene Rating-Agenturen während der Krise deutlich angehoben wurde. Dadurch werden potenzielle Investoren entmutigt, und für Unternehmen und Regierungen steigen die Kosten der Kreditaufnahme. Die meisten Länder konnten allerdings ihre Bewertung seit Anfang 2009 wieder verbessern oder zumindest stabilisieren. Lediglich die Risikobewertungen des Jemen, Marokkos und der VAE haben sich bis zuletzt weiter verschlechtert. Im Falle der VAE dürfte dies vor allem auf die prekäre Lage von Dubai zurückgehen, welche die relativ entspannte Situation von Abu Dhabi und den fünf kleinen Emiraten gegenwärtig überschattet.

Dass der Finanzeffekt die MENA-Länder nur am Rande trifft, spiegelt sich schließlich auch in der Entwicklung der Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar wider. So wurden die offiziellen, festen Kurse selbst in den turbulenten Zeiten der Krise fast nirgendwo korrigiert. Lediglich der Jordanische Dinar wurde einmalig im April 2008 aufgewertet und blieb seitdem ebenfalls unverändert. Die flexiblen Wechselkurse von Ägypten, Algerien, Marokko und Tunesien sind im Verlauf der Krise deutlich abgerutscht und haben inzwischen ihr Niveau vor der Krise wieder erreicht. Dies gilt gleichfalls für Kuwait, das unter dem Einfluss der globalen Finanzkrise nun die Abwertung vorgenommen hat, die zuvor nicht durchsetzbar gewesen war.

3.3. Der realwirtschaftliche Effekt

Der realwirtschaftliche Effekt hat erheblich größere Bedeutung für die Region als der Vermögens- oder der Finanzeffekt. Insbesondere die Energieexporteure bekommen ihn zu spüren – hauptsächlich durch den Rückgang der Energiepreise. Die globale Nachfrage nach Energie ist infolge der Krise um nur 2 % rückläufig. Dennoch fiel der Weltmarktpreis von Erdöl seit seinem Allzeithoch Mitte 2008 um fast zwei Drittel auf gut 50 US\$ pro Barrel. Die Energieexporteure der MENA-Region erlebten dadurch Einkommensrückgänge in Höhe von 25 % ihres BIP, da ihre Erlöse aus der Ausfuhr von Energieträgern mehr als 50 % ihres BIP ausmachen. Libyen und die meisten Golfstaaten verfügen jedoch über ausreichende finanzielle Rücklagen, mit denen sie die Einkommensausfälle eine begrenzte Zeit lang meistern können. Selbst beim gegenwärtigen, niedrigen Erdölpreis von

rund 50 US\$ pro Barrel können sie ihre Staatsausgaben ohne Sparmaßnahmen finanzieren und eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz erreichen.

Problematischer ist die Lage für Dubai, Irak, Iran, Jemen und Oman. Diese Länder müssen Darlehen aufnehmen, wenn sie das bisherige Niveau ihrer Staatsausgaben aufrechterhalten wollen. So können der Oman, Iran und der Irak nach IWF-Schätzungen ihre Staatshaushalte erst von einem Erdölpreis in Höhe von 77, 90 bzw. 110 US\$ pro Barrel an selbst finanzieren.

Derweil können die Energieimporteure (Jordanien, die PG, Marokko, Tunesien und Libanon) den niedrigen Erdölpreis auf der Habenseite verbuchen. Unter dem hohen Preisniveau der vergangenen Jahre haben sie schwer gelitten – nicht zuletzt, weil sie den Verkauf von Benzin, Heizöl und Gas an die Bevölkerung stark subventionieren. Jordanien z. B. hatte vorübergehend mehr als ein Drittel seines BIP für die Einfuhr von Brennstoffen aufgewendet. Dank der Finanzkrise können diese Länder 5-10 % ihres Volkseinkommens einsparen.

Auch Ägypten wird eher profitieren, obwohl es Nettoenergieexporteur ist. Es führt große Mengen an Erdgas aus, dessen Preis auf mittlere Sicht durch Verträge auf relativ hohem Niveau festgelegt ist, muss aber Erdöl einführen, wofür es wegen der Finanzkrise nun weniger bezahlen muss.

Umgekehrt müssen Ägypten und die Energieimporteure wiederum bei ihren Haupteinnahmequellen, der Ausfuhr von Dienstleistungen (vor allem Tourismus und Transport) und von Industriewaren, mit Verlusten rechnen.

Im Tourismus sind Umsatzrückgänge zu erwarten, weil die Verbraucher in den wohlhabenderen Ländern durch die Finanzkrise verunsichert sind. Dies trifft vor allem den Erholungstourismus in Dubai, dem Libanon, Marokko und Tunesien. Die Zahl der Reservierungen für Tunesien für das laufende Jahr liegt zurzeit rund 25 % unter dem Vorjahresniveau zum entsprechenden Zeitpunkt. In Ägypten, Jordanien und Syrien hingegen werden die Umsätze schlimmstenfalls stagnieren. In diesen Ländern dominiert der Bildungs- und Kulturtourismus, der weniger von konjunkturellen als von politischen Faktoren abhängt. Seine Kunden sind überdurchschnittlich zahlungsfähig und können sich die Reise in der Mehrzahl selbst in finanziell schwierigeren Zeiten leisten. Darüber hinaus besteht zurzeit sogar ein spürbarer Nachholbedarf an Reisen nach Nahost aus den Zeiten der Kriege im Irak, im Libanon und im Gazastreifen.

Ägypten muss allerdings deutliche Einbußen im Transportbereich verkraften. Seit Beginn der Finanzkrise sind gut 25 % seiner Einnahmen aus den Gebühren für die Nutzung des Suezkanals weggebrochen – das entspricht knapp 1 % des BIP.

Der Warenexport der MENA-Region hat nach Abzug der Energieträger nur begrenzten Umfang und konzentriert sich stark auf sehr wenige Länder. Nur in Tunesien und Jordanien macht er mehr als 20 % des BIP aus. Bislang ist in erster Linie Tunesien, dessen Ausfuhren zu 45 % für Europa bestimmt sind, vom Rückgang der globalen Nachfrage nach Industriegütern betroffen. Besonders gelitten haben vor allem Tunesiens Absatz von Kleidung (-13 %), Autozulieferteilen (-17 %), Lederwaren (-20 %) und Olivenöl (-38 %). Ägypten, Marokko und Syrien verzeichnen ebenfalls einen leichten Rückgang bei ihren Leder- und Textilexporten, und Marokko rechnet bei seinen Agrarerzeugnissen mit einem Einnahmenrückgang von 5-10 % sowie mit einem Minus von 78 % bei der Ausfuhr von Phosphat. Jordanien hingegen hat die Krise bislang noch nicht zu spüren bekommen. Ganz im Gegenteil stiegen seine Ausfuhren in die Nachbarländer, die 47 % der Gesamtexporte ausmachen, zwischen Januar 2008 und Januar 2009 sogar um 20 %.

3.4. Der Transfereffekt

Insbesondere Jordanien, der Libanon, der Irak, der Jemen und Ägypten müssen gleichfalls mit einem Rückgang der Gastarbeiterüberweisungen rechnen. Eine beträchtliche Zahl von Personen aus diesen Ländern arbeitet in den reichen Erdölländern am Persischen/Arabischen Golf und transferiert regelmäßig Geld in die Heimat. In Jordanien und dem Libanon entsprechen diese Zuflüsse mehr als 20 % des BIP. Wenn der Ölpreis weiterhin so niedrig bleibt, die Konjunktur in den Erdölförderländern lahm und ein Teil der Gastarbeiter ihre Arbeitsplätze verliert, muss damit gerechnet werden, dass diese Transfers, wie in der Vergangenheit bereits öfter geschehen, deutlich zurückgehen. Nach Ägypten sind bereits mindestens 30.000 Ägypter vom Golf zurückgekehrt. Selbst wenn nur jeder Fünfte entlassen würde, so entspräche dies doch einem Einnahmenverlust von rund 1 % des BIP für Ägypten und etwa 5 % für Jordanien. Auch Marokko und Tunesien beziehen hohe Gastarbeitertransfers. Sie stammen jedoch ganz überwiegend von Arbeitern in Europa. Für diese besteht ebenfalls eine gewisse Gefahr, den Arbeitsplatz infolge der Finanzkrise zu verlieren. Dies

wird aber stets nur bei einem begrenzten Anteil der Gastarbeiter eintreffen, sodass die Überweisungen bei weitem nicht so stark abnehmen dürften wie im Falle der Arbeiter in den Golfstaaten.

Denkbar ist zudem, dass die Entwicklungshilfezahlungen zurückgehen, weil das entwicklungspolitische Engagement der Geberländer bei Teilen der Bevölkerung infolge der Finanzkrise auf immer geringere Akzeptanz trifft. Gerade die MENA-Länder dürften von einem etwaigen Nachlassen der Entwicklungshilfeleistungen allerdings nur wenig betroffen sein, da ihre Unterstützung nicht nur entwicklungs-, sondern auch stabilitäts- und sicherheitspolitisch motiviert ist. So ist kaum zu erwarten, dass an der Entwicklungszusammenarbeit mit strategisch wichtigen Ländern wie Jordanien oder Ägypten aus budgetären Gründen während der Krise gespart wird. Allenfalls der Jemen muss unter Umständen mit einem begrenzten Rückgang seiner finanziellen Unterstützung rechnen, die aber ohnehin nur 1,5 % seines BIP entspricht.

4. Bisherige Reaktionen der MENA-Länder

Die meisten MENA-Länder haben bereits Sofortmaßnahmen in Reaktion auf die Finanzkrise eingeleitet, die sich jedoch in Art, Umfang und Hauptstoßrichtung zum Teil substantiell unterscheiden. So haben Ägypten, Jordanien, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und die VAE als ersten Schritt Staatsgarantien ausgesprochen oder Sicherungsfonds aufgelegt, um private Bankeinlagen abzusichern und zu verhindern, dass einheimische Kreditinstitute zusammenbrechen.

Andere Länder hingegen haben sich von vornherein auf die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise konzentriert und Programme zum Ausgleich möglicher Nachfrageausfälle aufgelegt. So wurden in Marokko und im Libanon Programme beschlossen, um angeschlagene kleine und mittlere Unternehmen mit Krediten zu Vorzugskonditionen versorgen. Darüber hinaus hat Marokko einen Fonds aufgelegt, der teilweise die Kosten von Werbemaßnahmen für marokkanische Leder-, Textil- und Elektroprodukte im Ausland übernimmt. Der Libanon hingegen hat sich vorgenommen, bereits beschlossene Infrastrukturprojekte beschleunigt auszuführen, und hebt die Gehälter im öffentlichen Sektor an. Die tunesische Regierung hat 10 Mio. Euro freigegeben, um den Tourismus zu fördern. Demgegenüber hat Ägypten 5 Mrd. US\$ bereitgestellt, um arbeitsintensive Infrastrukturprojekte durchzuführen, und plant, die Subventionierung von Strom

und Brenngas auszuweiten. Saudi-Arabien hat einen Infrastrukturinvestitionsplan angekündigt und 3 Mrd. US\$ für ein Programm freigegeben, das zinslose Darlehen an bedürftige Staatsbürger vergibt. Kuwait hat ebenfalls einen Fonds eingerichtet, der private Unternehmen bei Bedarf unterstützt, hat zugleich aber Ausgabenkürzungen im Sozial- und Infrastrukturbereich angekündigt. Und eine ganze Reihe von Ländern (darunter Ägypten und Tunesien) haben den Leitzins gesenkt, um die Versorgung der Ökonomie mit Kapital sicherzustellen.

Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), der die wichtigsten Erdölexporteure der MENA-Region angehören, hat sich im Oktober 2008 auf eine nur sehr geringe Senkung der Förderquoten verständigt und die zweite, im Dezember beschlossene Drosselung im März 2009 wieder aufgehoben. Insbesondere Saudi-Arabien hatte sich für einen niedrigen Ölpreis als Beitrag zur Wiederbelebung der globalen Konjunktur ausgesprochen. Nach Schätzungen der Internationalen Energiebehörde (IEA) würde ein während des gesamten Jahres 2009 auf dem derzeitigen niedrigen Niveau verharrender Ölpreis wie ein globales Konjunkturpakt von rund 3 Billionen US\$ wirken. Er entlastet nicht nur die Industrie- und Schwellenländer, sondern auch die energieimportierenden Entwicklungsländer und erhöht die Chancen einer baldigen Wiederbelebung der globalen Konjunktur.

Die meisten Energieexporteure können den niedrigen Erdölpreis vorübergehend verkraften, bis er voraussichtlich 2011/2012 wieder ansteigt. Bahrain, der Irak und der Jemen, aber auch Iran, Russland und Venezuela haben hierfür allerdings keine ausreichenden Rücklagen. Dass sich die OPEC dennoch für einen niedrigen Ölpreis und damit gegen die Interessen dieser Länder entschieden hat, liegt vermutlich an der Meinungsführerschaft von Saudi-Arabien, dessen Beziehungen zu diesen Ländern ohnehin angespannt sind.

5. Ausblick und Empfehlungen

Die meisten MENA-Länder werden im internationalen Vergleich nur begrenzte Probleme haben, die globale Finanzkrise zu überstehen. Fast alle können auch für 2009 mit positiven, wenngleich niedrigeren Wachstumsraten als bisher rechnen (Saudi-Arabien z. B. mit 1 %, Ägypten und der Libanon mit rund 4 %, Katar sogar mit 8 %). In gewisser Weise profitieren einige Länder sogar von der konjunkturellen Abkühlung, welche die teils sehr hohen In-

flationsraten hat sinken lassen (z.B. in Ägypten von 24 auf 14 % und in Tunesien von 7 auf 3 %).

Die Energieexporteure können damit rechnen, dass die Nachfrage nach Energie schon bald die globalen Förderkapazitäten wieder übersteigt und dadurch den Erdölpreis wieder in die Höhe treibt und dass sich die Aktienkurse weltweit ebenfalls wieder erholen, sodass Verluste bei den Anlagen im Ausland wieder wettgemacht werden können. Selbst wenn der Erdölpreis zwischenzeitlich unter die kritische Schwelle von 50 US\$ rutscht, unterhalb derer eine ganze Reihe von Energieexporteuren rote Zahlen schreiben, ist dies für diese nicht gravierend, da sie ansonsten über ausreichende finanzielle Rücklagen verfügen und stabile Grunddaten vorzuweisen haben. Allerdings sollten die Energieimporteure die gegenwärtige Krise als weiteren Anlass nehmen, unnötige Staatsausgaben zu kürzen und über Strategien für eine weitere Diversifizierung ihrer Ausfuhrpalette nachzudenken.

Hauptausnahme ist Iran, der vormals akkumulierte Rücklagen in den Jahren unter Präsident Ahmadinedschad bereits weitgehend wieder aufgebraucht hatte, als die Krise einsetzte, und der wegen des US-Embargos – anders als Dubai, der Irak und der Jemen, denen es ebenfalls an nennenswerten finanziellen Rücklagen mangelt – auch spürbare Probleme bei der Finanzierung über Schulden hat. Um das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen, kommen weder Steuererhöhungen noch Notendruck in Betracht, da es dagegen schon mehrfach Proteste der Bevölkerung gegeben hat und die Inflation bereits bei 30 %, die Arbeitslosenquote bei 20 % liegt. Vermutlich wird die Regierung die Einfuhren beschränken müssen, wie schon zweimal in den 1980er und 1990er Jahren. In jedem Fall wird das Land durch die Krise politisch destabilisiert und könnte sogar seine regionale Vormachtstellung verlieren, wenn die Krise länger andauert als erwartet.

Ebenso könnte Dubai relativ an Bedeutung in der Region verlieren. Wenn es seine derzeitigen Liquiditätsengpässe nur mit finanzieller Unterstützung durch das Bruderemirat Abu Dhabi bewältigen kann, so wird es diesem möglicherweise die Führung der VAE, die sich die beiden Emirate zurzeit teilen, als Gegenleistung ganz überlassen müssen.

Schließlich ist der niedrige Erdölpreis auch für den Jemen problematisch. Sein Haushaltsdefizit ist bereits auf 9 % des BIP angewachsen und seine Auslandsschulden belaufen sich auf 28 % des BIP.

Hingegen werden Ägypten, Syrien und die meisten Energieimporteure der MENA-Region die globale Finanzkrise vergleichsweise gut überstehen. Die

niedrigen Energiepreise verschaffen ihnen zusätzlichen finanziellen Spielraum, der es ihnen erlaubt, eine bestimmte Zeit lang Einbrüche auf der Einnahmenseite selbst ohne zusätzliche Neuschulden auszugleichen. Zudem kommt ihnen zupass, dass sie während des Booms ebenfalls große Teile ihrer vormaligen Schulden abgebaut haben.

Kurzfristig sollten diese Länder auf die Krise reagieren, indem sie den leichten Zugang von Unternehmen und Haushalten zu Krediten sicherstellen sowie arbeitslose und verarmte Haushalte z. B. durch *cash-for-work*-Programme unterstützen.

Vorrangig allerdings sollten sie die Krise zum Anlass nehmen, Lösungen für ihre strukturellen Probleme zu suchen. Erstens sollten sie die starke Subventionierung von Lebensmitteln und Energieträgern abbauen, bevor deren Preise wieder ansteigen. Zum Ausgleich könnten sie soziale Grundversicherungssysteme aufbauen, die es Ihnen erlauben, schnell und flexibel zusätzliche finanzielle Mittel an Notleidende zu leiten, wenn erneut ein externer Schock wie die gegenwärtige Finanzkrise eintritt. Zweitens sollten sowohl die Energieimporteure als auch die Energieexporteure ihre Innovationsfähigkeit verbessern, um so mittel- bis langfristig ihre Abhängigkeit von wenigen Ausfuhrprodukten zu verringern und die Vorteile einer starken Integration in den Weltmarkt gerade im Technologiebereich besser zu nutzen (vgl. Brach 2008b).

Ein Dilemma besteht nun darin, dass viele MENA-Länder die Finanzkrise gerade deswegen gut überstehen, weil sie sich bis dato dem Weltmarkt kaum geöffnet haben. Internen Reformgegnern gibt dies Auftrieb und Argumente, sodass marktwirtschaftliche Reformen noch schwieriger durchsetzbar sein werden als ohnehin schon vor der Krise. Diese sind aber unabdingbar, um die Abhängigkeit von wenigen Exporterzeugnissen abzubauen, den Wettbewerb auf den Märkten zu stärken, Beschäftigung für eine schnell wachsende Erwerbsbevölkerung zu schaffen und die schnell steigenden Staatsausgaben in den Griff zu bekommen.

■ Die Autoren

Dr. Juliane Brach ist Juniorprofessorin an der Universität Kopenhagen und wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien.

E-Mail: brach@giga-hamburg.de, Webseite: <http://staff.giga-hamburg.de/brach>.

Dr. Markus Loewe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Entwicklungszusammenarbeit (DIE). Er arbeitet in Abteilung 2 („Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung“) zurzeit in einem Projekt, das in neun Länderstudien untersucht, inwieweit Entwicklungsländer in Zeiten der Finanzkrise zu Strukturpolitik in der Lage sind, und plant ein Forschungsvorhaben dazu, wie Haushalte und Unternehmen in Entwicklungsländern die Finanzkrise bewältigen. In der Vergangenheit arbeitete er zu Sozialpolitik, Armutsbekämpfung und Umsetzung der Millenniumentwicklungsziele in den arabischen Ländern sowie zur Korruptionsbekämpfung und Verbesserung des Investitionsklimas. Abteilung 5 des DIE („Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“) betreibt eine Reihe von Forschungs- und Beratungsprojekten zur Bewältigung der Finanzkrise in Entwicklungsländern, zu den Auswirkungen auf die Finanzmärkte und zur Vermeidung einer neuer Schuldenkrise in den Entwicklungsländern.

E-Mail: markus.loewe@die-gdi.de, Webseite: <http://www.die-gdi.de>.

■ GIGA-Publikationen zum Thema (Auswahl)

Brach, Juliane (2008a): Entwicklung ohne ausländische Direktinvestitionen? Perspektiven der arabischen Mittelmeerländer, in: GIGA Focus Nahost, Nr. 9.

Brach, Juliane (2008b): Constraints to Economic Development and Growth in the Arab Countries of the Middle East and North Africa, GIGA Working Paper, Nr. 85.

Burgschweiger, Nadine (2009): Japan in der globalen Finanzkrise, GIGA Focus Asien, Nr. 3.

Sangmeister, Hartmut (2009): Lateinamerika im Sog der Finanzkrise, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 1.

Schüller, Margot (2009): China in der globalen Finanzmarktkrise: Wirtschaftspolitische Strategien und Strukturprobleme, GIGA Focus Asien, Nr. 4.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Forschungsschwerpunkt 3 („Transformation in der Globalisierung“) führt verschiedene Forschungsprojekte zur wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer durch. Analysefeld 3 („Innovationsprozesse in der Globalisierung“) untersucht Innovations- und Technologieanpassungsstrategien in Nah- und Fernost als Instrumente, die Krise zu überwinden.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Redaktion: Martin Beck; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM